

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. Juni 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Veramtlungs-, Vergütungsanfragen usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 73

Das Interesse für das Verbandsorgan muß sich in der Auflage des „Korr.“ ausdrücken

Rechtzeitig

Im Felde wird der „Korr.“ von unsern Verbandsmitgliedern mit Freuden erwartet

den „Korrespondent“

Alle ist die Aufnahmezeit mit dem „Korr.“ so groß gewesen wie in dieser ersten Zeit

bestellen!

Bezugspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., Postabonn. monatlich 42 Pf.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Artikel:** Ein trauriges Lied. — Preissteigerungen — Steuerzulagen.
- Aus dem Genossenschaftsleben:** Der zwölfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.
- Korrespondenzen:** Bielefeld. — Hamburg-Altona. — Leipzig (M. M.).
- Hundschau:** Kriegszulagen. — Gehilfenprüfung und Meisterprüfung. — Kriegszulagen für Zeitungsvorleger. — Die wirtschaftlichen Grundlagen des Zeitungswesens. — Zur Steuerbefreiung für Kriegszulagennehmer. — Der Einfluß des Krieges auf die kirchlich-darwinistische Genußvereine. — Bekämpfung der Lebensmittelverfälschung durch die württembergische Regierung. — Die Zahl der deutschen Genossenschaften. — Die Schulden der kriegsführenden Staaten. — Folgen eines amerikanischen Bohloftprojektes.
- Literarisches:** „Vaterland und Sozialdemokratie.“

Ein trauriges Lied

Es war gewiß allen Feldgrauen Kollegen eine ungemütliche Überraschung, daß der „Korr.“ sich in den Nr. 65, 68 und 69 wieder einmal veranlaßt sah, gegen unerfreulichste Auswüchse im Buchdruckgewerbe Front zu machen. Man muß sich unwillkürlich an den Kopf fassen und fragen: Wie ist solches möglich — in der Zeit tiefsten Burgfriedens? In einer Zeit, in der auch Tausende der Berufsgenossen ihr Bestes hergeben, um auf allen Seiten die Feinde niederzuwerfen, ist man in gewissen Kreisen zu Hause am Werke, die faristische Ordnung mit allen Schlägen zu untergraben. Man scheut sich in dem vorbildlich und am weitest vorgeschrittenen Buchdruckgewerbe trotz des Ernstes der Zeit nicht, die alten, den Frieden störenden Gebanden zu verwirklichen, um gräßliche Vertragsbrüche, wie wir sie in diesem Kriege schon vielfach mit Abscheu wahrnahmen, zu sanktionieren und nachzuahmen. Man ist versucht anzunehmen, daß den Buchdruckern als Kämpfern für des Vaterlandes Wohl dadurch gedankt werden soll, daß man sie vor die Tür setzt und das Gewerbe zum Summelplatz allerhand ungelerner und ungeeigneter Kräfte macht. Der unkundigen Öffentlichkeit aber will man Patriotismus und Nächstenliebe dadurch vorführen und die unrechtmäßige Handlungsweise durch den in dieser Weise und Richtung nicht zutreffenden Hinweis auf Mangel an Arbeitskräften rechtfertigen und zu einer dauernden Einrichtung machen. Wahre Verachtung findet überall die Moral der amerikanischen Waffenhändler; die Moral mancher Prinzipale im deutschen Buchdruckgewerbe hat eine frappante Ähnlichkeit mit dieser. Wir, die wir jetzt in der Arena des schärfsten Westkampfes stehen, leben mit Genugtuung, daß unsre dabeimgebliebenen Kollegen auf der Wacht sind, und daß sie den Kampf gegen Vertrauensbruch und Lüge ebenso schneidig zu führen wissen, wie wir gegen die Feinde nach außen. Wir werden nicht müde werden, nach unsrer Rückkehr vom Kampfplatze draußen ihnen beizukommen, mit allen Kräften unser Recht zu erstreiten. Die mannbasteten Worte, die der „Korr.“ den Quertreibern in unserm Gewerbe in das Stammbuch geschrieben, empfinden wir mit Dankbarkeit; sie sind uns aus der Seele gesprochen!

Ein Feldgrauer.

Preissteigerungen — Steuerzulagen

Wir leben im Zeichen der Lebensmittelverfälschung. Es gibt wohl kaum einen Artikel, dessen Preis nicht gestiegen, und dies in den meisten Fällen recht hoch. Viele Preissteigerungen wirken natürlich in doppelter Weise auf das Erwerbsleben des Arbeiters ein, einmal bei den Ein-

küpfen und zum andern bei den Ausgaben. Die Erhöhung der Preise für Produktionsmittel muß naturgemäß zu einer Verteuerung der Herstellung verschiedener Artikel führen. Lassen sich diese erhöhten Herstellungskosten nicht auf die Verbraucher übertragen, so haben sie eine Einschränkung der Betriebskosten zur Folge, worunter die Lohnverhältnisse in erster Reihe zu leiden haben.

Während in der Kriegsindustrie die Verdienste der Arbeiter bedeutend gestiegen sind, blieben sie in der Privatindustrie im günstigsten Falle die gleichen. Dies trifft in besonderem Maß im Buchdruckgewerbe zu. Wohl haben die Zeitungen Erhöhungen der Bezugspreise, wo solche noch nicht erfolgt, in Aussicht genommen, und verschiedentlich konnte berichtet werden, daß auch die Behörden den zehnprozentigen Kriegszulag für Drucksachen bewilligt haben, wie auch anerkennenswerterweise, wenn auch in begrenztem Umfang Kriegszulagen für das Personal gemeldet werden konnten. Im allgemeinen jedoch haben die Erwerbsverhältnisse der Gehilfen mit der Preissteigerung nicht einmal der notwendigen Lebensmittel Schrift gehalten. Es dürfte nicht zu hoch gegriffen sein, wenn infolge der weiteren Steigerung der gegenwärtigen Wochenlohn auf 35 Mk. berechnet wird. Wie soll da der eingetretene Mehrbedarf gedeckt werden? Zunächst ist alles auf das äußerste eingeschränkt worden, was zur Unterernährung führen muß. Mancher sucht andre, wenn auch nicht unserm Stand entsprechende, aber lohnendere Arbeit; bei andern muß die Frau das Fehelnde hinzuverdienen helfen, worunter natürlich das Familienleben leiden muß. Das führt für die Dauer zu unhaltbaren Zuständen.

Der nächste Weg der Abhilfe wäre, wenn die Regierung den durch keinerlei Mangel begründeten Preisstrebereien ein Ziel setzte. Solange dies nicht der Fall ist, muß die Erwartung ausgesprochen werden, daß unsre Prinzipale bei der Erhöhung der Druck- und Bezugspreise auch an eine Verbesserung des Einkommens ihrer Gehilfen denken, wie es in einigen Fällen schon geschehen ist. Ein gewiß schönes Beispiel hat der Verein sächsischer Strohhutfabrikanten gegeben, der auf eine Eingabe des Sutarbeiterverbandes in Anbetracht der außergewöhnlichen Steuerungsverhältnisse einen außerordentlichen Unterführungsbeitrag von 6 Mk. zum tariflich vereinbarten Wochenlohn von 30 Mk. gewährte.

Je ungewisser die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Friedens wird, desto mehr drängt sich die Notwendigkeit auf, Vorbeuge zu treffen, daß der einmütige Wille des Volkes zum Durchhalten nicht durch eine unzureichende Volksernährung, verursacht durch unzufolge, geradezu empörende Preissteigerungen für Lebensmittel, oder unzulängliche Erwerbsverhältnisse beeinträchtigt wird.

Breslau.

H. H. I.

Aus dem Genossenschaftsleben

Der zwölfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

der am 14. Juni in Frankfurt a. M. stattfand, hat neben den üblichen geschäftlichen Verhandlungen einige ganz interessante Einzelzüge aus dem Wesen und den Anschauungen des konjungenossenschaftlichen Deutschland. Sie festzuhalten ist schon deshalb gerechtfertigt, weil eine Organisation von 1 1/2 Millionen Familien für die wirtschaftliche Bedarfsvororgung der Allgemeinheit von weittragender Bedeutung ist. Und besonders in Kriegszeit.

Dieser Auffassung gaben die offiziellen Vertreter der Stadt Frankfurt a. M. so offenen Ausdruck, daß fast zu bestürzten ist, die bekannten Mittelstandselemente in der Stadtverwaltung werden nachträglich den Serren „aus Dach heigen“, wie man zu sagen pflegt, um einen dem „Burgfrieden“ entgegengelehnten Standpunkt vielsagend zu umschreiben. So erklärte Bürgermeister Dr. Ruppe, daß das hinwegkommen über die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung der städtischen Bevölkerung im wesentlichen dem wirtschaftlichen Organisationsgedanken der Genossenschaften zu danken sei. „Die schwere Aufgabe, die dem Reich und den Gemeinden auferlegt ist, die Bevölkerung mit preiswerten Lebensmitteln zu versorgen, ist ihnen wesentlich durch das Vorbild Ihrer Vereine erleichtert worden.“ Bildete schon diese klare Feststellung und Anerkennung der Tatsachen einen unwiderleglichen Beweis für die fortschreitende Eroberung der öffentlichen

Meinung für die konjungenossenschaftliche Wirtschaftsorganisation, so schuf die Begrüßungsansprache des andern Stadtvertreters, Magistratsrat Professor Dr. Stein, ein hochinteressantes Bild aus dem Wesen und Gein und künftigen Werden der Genossenschaftsbewegung, welches förmliche Beifallsstürme auslöste. Und es war in der Tat ein geistiger Genuß, die volkswirtschaftliche Beweisführung für die Zweckmäßigkeit und wirtschaftliche, soziale und nationale Notwendigkeit der genossenschaftlichen Volksorganisation innerlich mitzugehen, welche hier geboten wurde. Dafür ist dieser Magistratsrat aber auch der Privatdozent für Genossenschaftswesen an der neuen Universität der Stadt Frankfurt; dazu ein hervorragender Redner. Auch er unterließ, daß das sichere Funktionieren unserer Volkswirtschaft im Kriege zum großen Teile den konjungenossenschaftlichen Organisationen zu danken sei. Gegenüber Syndikaten, Kruffs und Kartellen hätten sie die Kraft der kleinen Leute gesammelt und diesen zu ihrem Rechte verholfen und Sorge getragen, daß die Entwicklung der führenden Kräfte in Handel und Industrie nicht zum Schaden, sondern zum Aufstieg der Massen beitrug. „Dem verdanken wir die Kraft und Sicherheit im Kriege. Wo wären wir heute ohne die Genossenschaften, die der gesamten Volkswirtschaft wertvolle Dienste erwiesen hätten? Das deutsche Volk habe sich eben wunderbar organisationsfähig und organisationswillig gezeigt.“ Mit einem begeisterten Ausblick in die Zukunft schloß die Rede ab. Es war eine Leistung, die bei der am folgenden Tage stattfindenden Magistratswahl von der Mittelstandsgruppe der Stadtverordneten damit quittiert wurde, daß Professor Dr. Stein gegen 16 Stimmen derselben neu gewählt wurde. Die Stimmung des Genossenschaftstags, der von 300 Vertretern deutscher Konsumvereine besucht war, erhielt durch diese beiden Begrüßungsansprachen den richtigen Grundton.

In einem großzügig angelegten Vortrag über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, welchem der Stand der Jahre 1903, 1913 und 1914 zugrunde gelegt war, fundamentierte Vorstandsmittglied Kaufmann (Hamburg) die Stimmung materiell. Die Zahlengruppen hielten den besten Beweis für die riesenhafte und unaufhaltsame Entwicklung der Konsumvereine des Zentralverbandes. Hier sind sie:

	1903	1913	1914
Zahl der angeschlossenen Vereine	685	1 197	1 149
Zahl der beteiligten Vereine	640	1 169	1 134
Zahl der Mitglieder	575 449	1 633 644	1 729 858
Zahl der beschäftigten Personen	7 081	29 276	30 522
	Mk.	Mk.	Mk.
Umsatz im eignen Geschäft	160 023 079	640 123 888	665 064 768
Wert der in eignen Produktionshergestellten Waren, Stoffen- und Bankbestände,	19 712 751	125 024 564	131 425 271
Wertpapiere	10 112 133	87 198 136	100 981 897
Warenbestände	19 183 511	62 741 304	67 128 824
Inventar und Maschinen	3 686 656	18 385 602	19 868 624
Grundbesitz	22 995 482	105 671 517	119 318 021
Eignes Kapital	17 766 091	67 746 274	77 111 134
Spareinlagen und Hausanteile	9 018 827	105 526 401	113 204 409
Hypotheken	12 661 983	48 849 628	52 850 829

Der Buchdrucker braucht keine fremde Analyse dieser Statistik, um zu erkennen, wie absolut und relativ groß die Fortschritte sind, die aus den vorstehenden Zahlen herausgelesen werden können. Nur das eine sei bemerkt, daß selbst im Kriegsjahr eine Stärkung der finanziellen Grundlagen der Konsumvereine deutlich zu erkennen ist. Der Vortrag Kaufmanns zeigte, daß die deutsche Konjungenossenschaftsbewegung nach Umfang, wirtschaftlicher Leistungskraft und Entwicklungsmöglichkeit einen Organisationskörper von so materieller Festigkeit darstellt, daß die Schwerekraft seines Willens ganz von selbst jede Möglichkeit einer Beeinflussung von außen zu Zwecken, die nicht in der Tendenz des Genossenschaftswesens gegeben sind, ausschließt. Die deutsche Konjungenossenschaftsbewegung ist eine selbständige Bewegung, deren Lebensbedingungen in der nationalen Existenz und der wirtschaftlichen Selbstständigkeit unsres Volkes wurzelt, also untrennbar mit beiden verbunden ist. Den Beweis dafür erbrachte das Material des Vortrags, der zugleich den Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1914 enthielt.

Dr. August Müller (Hamburg) war die besondere Aufgabe zugefallen, die Maßnahmen der Organisationszentrale während der Kriegszeit darzulegen. Sein Vortrag war ein Mutter von Präzision nach dem Merkwort: „In der Beschränkung zeigt sich der Meister.“ Das wichtigste Thema, in dem die Regelung der Lebens-

mittelversorgung und der Lebensmittelpresse den Drehpunkt bilden und der englische Ausnahmegesetzplan die wirkungsvolle Folie für die Pflicht der Volkserziehung aus nationaler und wirtschaftlicher Existenzinteresse darstelle, fand seinen Niederschlag in einer Willenskundgebung des Genossenschaftsorgans, „sonst Resolution“ genannt. Viele Kundgebung bezog sich in ihrem materiellen Teil auf die künftige Vorkaufsicherung der Lebensmittel, die unter Mitwirkung erfahrener Konsumgenossenschaftler Hand in Hand mit einer vernünftigen Preispolitik zu geben habe, die Rücksicht auf die Kaufkraft der Bevölkerung nimmt. Eine Reihe gut ausgearbeiteter Einzelvordrungen, die von erfahrenen Praktikern aus den Bedürfnissen der Zeit zusammengesetzt waren, verdrängten den Eindruck, daß eine der größten Wirtschaftsorganisationen Deutschlands ihren Einfluß nicht in Richtung auf die Wahrung der Interessen der breiten Massen der Bevölkerung warf. Darüber gab es nun keinen Streit auf dem Genossenschaftstage, weil man sich in der Sache völlig einig war. Nicht so in der Formulierung der Begründung, die in den zwei ersten Absätzen der Willenskundgebung enthalten ist und folgenden Wortlaut hat:

Der Genossenschaftstag nimmt Kenntnis von dem seit Kriegsausbruch getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und macht die hierbei benötigte Zustimmung, daß die Konsumgenossenschaften die Pflicht haben, ihre gesamten Kräfte in den Dienst der Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes zu stellen, zu der feinsten Aufgaben und Wirkungsmaßlichkeiten der Konsumgenossenschaften und bestimmend für ihre Tätigkeit im Dienste vaterländischer Willensführung. Es wird erwartet, daß sich die Konsumgenossenschaften und ihre Zentralinstitute die Unterstützung und Förderung aller sozialen Kriegshilfemaßnahmen und der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten mit allen verfügbaren Kräften anzuwenden sein lassen, wobei jedoch nicht außer acht zu lassen ist, daß der größte Dienst, den die Konsumgenossenschaften der Gesamtheit der Volksgenossen zu leisten vermögen, in der Aufrechterhaltung ihrer finanziellen Gesundheit und der hierdurch bedingten größten Wirkungsmöglichkeit auf dem eigentlichen Tätigkeitsgebiete der Konsumgenossenschaftsbewegung besteht. Alle zu treffenden Maßnahmen sind daher auch von dem Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Konsumvereine aus zu prüfen.

Im Hinblick auf den ungeheuerlichen Plan der Feinde Deutschlands, durch Ausnahmegesetz des nicht im militärischen Dienstverhältnis stehenden Volksteiles, der Frauen und Kinder, in völkerrechtswidriger Weise zu ergebnissen zu gelangen, die durch Volksgewalt zu erreichen sind. Gegenüber dem deutschen und des ihnen verübenden, vaterländischen und kirchlichen Volkes verlagert ist, erklärt der Genossenschaftstag es für die Hauptaufgabe der Konsumgenossenschaften, mit ihren Mitteln und Kräften die Bestrebungen zur Sicherung der Volksernährung im Krieg und die Anpassung des gesamten Wirtschaftslebens an den Kriegszustand zu unterstützen.

Es gab da eine kleine Gruppe von Zeitnehmern, die in der Formulierung „Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz“ und in der Feststellung des englischen Ausnahmegesetzes die Verletzung der parlamentarischen Neutralität (1) durch den Genossenschaftstag erblickte. Es war eine Art jenes kleinen Häufchens sozialdemokratischer Politiker, die bemüht ist, die Einheit des deutschen Volkes zur Selbstbeauptung als Nation und Wirtschaftseinheit zu stören. Die Debatte über die angebotenen Vorschläge und noch mehr die Abstimmung über die Willenskundgebung haben nicht den geringsten Zweifel darüber zugelassen, daß der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ein recht lebhaft gewählter Platz war, jene Tendenzen zum Ausdruck zu bringen. Schon in der dem Genossenschaftstage vorausgegangenen Sitzung des Generalkonvents, einer Körperlichkeit von etwa 120 Funktionären und Gewählten des Zentralverbandes, war die Kundgebung mit allen gegen zehn Stimmen beschlossen worden, und der Genossenschaftstag sollte nach einem ähnlichen Schlußwort Dr. Müllers sein Eintrag unter diese Vorabstimmung, indem nur noch sechs Personen unter ungefähr 600 nichtberechtigten Vertretern überlebten, die einen politischen Schaden durch die Begründung der Willenskundgebung „vermeiden“ wollten. Ingeheuer ward ein Schluß daraus, denn man merkte die Absicht —

Aus den weiteren Verhandlungen des Genossenschaftstages mag noch ein Vortrag des Vorstandsvorgängers Lorenz (Hamburg) über den internationalen Genossenschaftsstand und die Pflicht der genossenschaftlichen Neutralität anknüpfen. Dort kennt man eine gewisse deutsche Unparteilichkeit nicht, denn mit Feuerworten, wenn auch nur papierenen, schlägt man auf die deutschen „Barbaren“ los und verkündet auch die deutschen Genossenschaftler nicht. Es war noch eine recht milde Beurteilung der Tatsachen, wenn Lorenz aus der Fülle des von ihm vorgebrachten Materials den Schluß zog, daß aus solchen Äußerungen „eine ungeheure Unkenntnis des deutschen Volkes und eine ungemessene Arroganz und Annahmefähigkeit“ resultiert. Wenn der Vortragende in der Sache selbst, d. h. in den gegenseitigen Beziehungen der Völker untereinander, den Standpunkt vertrat, daß die Völker sich auch nach dem Kriege nicht mit einer schneidenden Mauer voneinander abgrenzen und abschließen

können, weil sie materiell und geistig aufeinander angewiesen sind, so deckt sich diese Meinung mit der in den Gewerkschaftskreisen herrschenden. Nur darf nicht die Dinge nicht so vorstellen, daß die Deutschen in einer künftigen Internationale, sei es welcher Art sie sei, finanziell die Milchstraße und kulturell die Inferno seien — weil „Barbaren“ — sein werden. Die ändern werden noch häufig unterliegen müssen, denn der Krieg hat auch den deutschen Genossenschaften gezeigt, was Arroganz und Annahmefähigkeit ihnen glaubt bieten zu können.

Nachdem der Genossenschaftstag noch die Berichte über die Fortbildungskommission, über die Unterfütterungskasse des Zentralverbandes und über die Tätigkeit des gewerkschaftlichen Genossenschaftlichen Parlaments entgegengenommen und die geschäftlichen Punkte der Tagesordnung — Verbandsrechnung, Wahlen usw. — erledigt hatte, erfolgte der Schluß der Verhandlungen nach 5 1/2 Stunden Dauer.

Es war eine rechte Kriegstagung, die von allen sonst üblichen Mäherlichkeiten Abstand nahm, was schon an dem Gehen aller ausländischen Delegierten bemerkbar war. Nur so war auch die Erledigung der großen und wichtigen Tagesordnung an einem Tage denkbar. Selbstverständlich war deshalb der Verlauf des diesjährigen Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nicht minder eindrucksvoll als alle früheren. Im Gegenteil. Die eingangs erwähnten Anträge der belgischen Frankfurter Stadtvorsteher mit ihrer ungeschminkten Anerkennung der kohlumgenossenschaftlichen Wirtschaftslösungen sowie die Debatte über die besprochene Willenskundgebung, ganz besonders aber diese selbst, gaben dem Ganzen ein Gepräge von materieller Zartheit und innerer Gelassenheit, welches in dem Bekennnisse zur Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz unseres Volkstums den richtigen Ausdruck fand.

Die Generalversammlungen der Grobhandelsvereine und der Verlagsvereine deutscher Konsumvereine fanden im Anschluss an den Genossenschaftstag am nächstfolgenden Tage statt. Die Beratungen waren rein geschäftlicher Natur. Soweit die Ergebnisse und die Entwicklung der beiden Gesellschaften im Geschäftsjahre 1914 in Betracht kommen, mag gesagt sein, daß auch sie durch den Krieg keine wesentliche Beeinträchtigung erfahren haben. Eine eingehendere Würdigung an Hand der vorliegenden Geschäftsberichte soll einer späteren Besprechung vorbehalten bleiben.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

I. Bezirk Bielefeld. Am 20. Juni, nachmittags, fand in Herford unter zweifellos diesjähriger Bezirksversammlung statt. Die „wahr“ über 200 Mitglieder, darunter mehrere im „braunen Rock“, behauptet. Nachdem der Bezirksvorsitzende und der Vorsitzende des Herforder Disziplinarvereins die Versammelten, insbesondere aber unsern Gauvorsitzenden Albrecht, begrüßt hatten, wurde das Andenken der seit der letzten Versammlung gestorbenen Kollegen Robert Kühner, Franz Gipper, Heinrich Wagemann, Hugo Schwers, Rudolf Sozialist, Eichenheimer (familial Bielefeld), Erik Willenwerth, August Wille (Gütersloh), Emil Meinhardt, Wilhelm Wörnt (Herford), Rainer Meiermann (Bielefeld), Erik Bobhardt (Rüchelde), Heinrich Meier, Karl Eggemeier (Minden), Wilhelm Kaufmann (Nabern), Andreas Schmidt (Petershagen) sowie des früheren Vorsitzenden der Korrespondenzvereinsvereins, Wilhelm Krüger (Göppingen), geehrt. Ingesamt hat der unangenehme Krieg uns bereits 27 Bezirkskollegen entzogen. Über 50 Proz. der Mitglieder befinden sich beim Militär, 34 neu aufzunehmen und ein Wiedererwerbungsgehalt sollen bestreut werden, ein Mitglied würde wegen Heften ausgeschrieben. Kollege Die (Dielmal) schloß hierauf die Gaudruckerangelegenheit an, Gauvorsitzender Albrecht gab einige Erklärungen dazu ab, worauf von einer weiteren Diskussion darüber abgesehen wurde. Nachdem noch die Mitgliederversammlung die allgemeine Situation, insbesondere auch auf den „Gau weg“ — „Arbeitslos“, aufmerksam gemacht und einige Erklärungen zur Beihilfsfrage gegeben worden waren, teilte Vorsitzender Venz mit, daß die Prinzipale im Bezirk fast ohne Ausnahme von einer Gewerkschaftszulage nichts wissen wollen. Beim Punkte „Reduzierung der Ertragssteuer“ schlug der Bezirksvorstand vor, die bestehende Ertragssteuer in Höhe von wöchentlich 25 Pf. in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage auf 10 Pf. herabzusetzen. Kollege Perini (Minden) beantragte, die Ertragssteuer in der jetzigen Höhe beizubehalten. Nachdem noch einige Kollegen hierzu gesprochen hatten, wurde der Vorstandsbeschluss mit großer Mehrheit angenommen. Nunmehr erhielt Gauvorsitzender Albrecht das Wort zu seinem Vortrage: „Die Buchdruckerorganisationen der am Westfronte beteiligten Länder“. Eingangs seines Vortrages kam der Redner auf die gegenseitigen Beziehungen der Arbeiter der am Kriege beteiligten Länder vor Ausdruck des Krieges zu sprechen und ging dann auf das eigentliche Thema ein. Er schloß sich in leichterkundlicher Weise die Organisationen der Buchdruckerorganisationen in Belgien, Frankreich, Italien, England, Serbien und Rußland, immer Vergleichsziehend mit dem Verbande der Deutschen Buchdrucker. Auch von den Buchdruckerorganisationen in Österreich-Ländern erwartete er ein anschauliches Bild. Nachdem Redner noch die wirtschaftliche Notlage, die größtenteils durch den im Lande herrschenden Mangel, gegen den der Staat bisher verfahren habe, verurteilt sei, geklärt hatte, gab er noch die Bestrebungen einer Anzahl Prinzipale, die den Tarif durchbrechen möchten, insbesondere auf dem Seemannsgebiete. Mit einem Appell an die zurückgebliebenen Kollegen, ihre Pflicht zu tun, was sie den im

Selbst stehenden Arbeitsbrüdern schuldig seien, damit die Versuche, die gewerblichen Erzeugnisse zu vernichten, eben Versuche bleiben, schloß der Redner seinen äußerst interessanten Vortrag, wofür ihm wohlverdienter, reichlicher Beifall gezollt wurde. Der Kassenbericht vor erstes Quartal 1915 lag gedruckt vor. Nachdem Kassierer Holz noch einige Erläuterungen gegeben hatte, wurde ihm auf Antrag der Revisorin Entlastung erteilt. Die Festsetzung des Ortes der nächsten Versammlung wurde dem Vorstand überlassen. Hierfür wurde des Johannistages gedacht und in den Beschlüssen zur Erhebung der diesjährigen Jubilare entgegen. Folgende sechs Kollegen können auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken: Gustav Droste, Georg Eilert, Eduard Ernst, Wilhelm Landwehr, Berthard Hopf (Bielefeld) und Wilhelm Fischer (Salzungen). Namens des Bezirks begrüßte Vorsitzender Venz, namens des Gaues Gauvorsitzender Albrecht die Jubilare in würdiger Form. Die Jubilare Droste und Ernst dankten namens der Jubilare für das überreichte künstlerische Diplom. In echter Buchdruckerartigkeit verließ der größte Teil der Kollegen nach einige Stunden befehlender.

Hamburg-Altona. (Außerordentliche Generalversammlung am 15. Juni.) Vorsitzender Dreier gab zunächst unter „Berichtsumfängen“ bekannt, daß auf dem Schlußfeld der letzten Versammlung gefaßt sind die Maschinenleher, E. Bellenberg, die Seher D. Wille, F. Winterberg, G. Wams, G. Wellmann, M. Wörnt, A. Callas, A. Korbmann, M. Vogel, A. Kaufe und die Drucker P. Hornburg, A. Saenich, S. Bötscher, S. Linke. Ferner sind gestorben der Prinzipal P. Jungnickel, der Faktor C. Schmeier, der Stenotypist B. Simon, die Seher C. Albrecht, Fr. Bruhn und der Geschäftsführer R. Bérard. Die Versammlung erhebt das Andenken der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise. Aufgenommen wurden: 84 Neuausgelernte. Arbeitslos sind augenblicklich 83 Seher, 8 Drucker, 1 Maschinenleher, 2 Schweizerbegeh, 1 Stenotypist, 2 Korrektoren und 11 Geber. Zum Militär eingezogen sind bis jetzt 1133 Kollegen. Da die durch den Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse es nicht gestatten, in diesem Jahr ein Jubiläum abzuhalten, findet am 27. Juni im „Volkswohl“ in Harburg eine gefellige Zusammenkunft statt. Bestimmungen und Geldverteilungen finden nicht statt; die Arbeitslosigkeit erhalten jedoch wie bisher an diesem Tag eine Unterfütterung. Eine Anfrage beantwortete Kollege Dreier dahingehend, daß die Stellenbelegung nach der Provinz augenblicklich gut funktioniert. Seit zehn Wochen befindet sich im ganzen zehnten Kreise nur eine offene Stelle, die durch die eigenartigen Verhältnisse nicht von uns besetzt werden kann. Jeder unbeschäftigte Kollege, der sich weigert, eine Stellung in der Provinz anzunehmen, erhält satzungsgemäß keinerlei Unterfütterung mehr. Kollege Kungler begründete sodann folgenden Vorstandsvortrag: Die am 15. Juni im „Gewerkschafts-Haus“ abgehaltene außerordentliche Generalversammlung beschloß: 1. Der Beitrag für Gauverträge wird ab 27. Juni von 80 auf 60 Pf. herabgesetzt; 2. die Gauertragssteuer wird in der bisherigen Höhe beibehalten; 3. der Vorstand wird ermächtigt, vom 27. Juni an die bezugsberechtigten Arbeitslosen und Ausgeschickten einen Mietszuschuß zu zahlen. Die Höhe soll in der Regel 50 Pf. pro Tag der Arbeitslosigkeit betragen. Der Redner betonte, daß bei der inzwischen eingetretenen riesigen Steigerung der Preise aller notwendigen Lebensbedürfnisse den Arbeitslosen in irgendeiner Weise geholfen werden müßte. Von den bei der Reichsdarlehenskasse erhobenen 41000 Mk. seien bereits 83000 Mk. wieder zurückgezahlt. Bei dieser Sachlage glaube der Vorstand die durch den Antrag bedingte Belastung der Kasse verantworten zu können. Kollege Begler sprach sich lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Zentralvorstand es unterlassen habe, die Unterfütterungsätze auf die alte Höhe zu bringen, wie es angesichts der großen Teuerung unbedingt erforderlich sei, dafür hätte der jetzige Verbandsbeitrag weiter erhoben werden können. Kollege Dreier erwiderte, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland rapid abgenommen habe, mit Ausnahme von Hamburg, bedingt durch das vollständige Gabellegen des Hafens. Der Zentralvorstand müsse möglichst dafür Sorge tragen, daß nach Beendigung des Krieges, bei der dann wahrscheinlich einsehender großer Arbeitslosigkeit, die Unterfütterungsätze nicht noch mehr herabgesetzt werden müßten; deshalb seien wahrscheinlich jetzt noch nicht die alten Sätze wieder einzuführen. In der Debatte, an der sich die Kollegen Dreier, M. Cohn, Schulte, Fahrmann, Fröpper, Wöner, Piezack, Schwarzenberg, Blume und Schorhauer beteiligten, wurden wiederholt Vorwürfe gegen die Haltung des Zentralvorstandes erhoben. Des weitern wurde die Herabsetzung des Beitrags bekämpft mit der Begründung, daß wir nach Beendigung des Krieges noch mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen hätten, wodurch die Kasse wieder stark in Mitleidenschaft gezogen würde. Zum Schluß wies Kollege Kungler die gegen den Zentralvorstand erhobenen Vorwürfe zurück; dieser könne bei seinen Maßnahmen nicht die Verhältnisse des Gaues Hamburg-Altona allein berücksichtigen, sondern er habe noch mit 22 andern Gauen zu rechnen. In der Abstimmung wurde ein Antrag Cohn auf Erhebung einer Ertragssteuer nach vier abgestuften Stufen mit 167 gegen 15 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Vorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Die Erhebung des Kartellbeitrags wurde nach einem kurzen Berichte des Vorsitzenden einstimmig angenommen; jedoch wünschten die Kollegen Fröpper und Reischer, die Verwaltung des „Gewerkschaftshauses“ möge darauf achten, daß Verträge mit dem Gewerkschaften, die vom Geschäftsführer abgeschlossen seien, nicht von demselben Geschäftsführer wieder über den Haufen geworfen würden.

Wetzlar. (Maschinenmeister.) Die am 18. Juni abgehaltene Versammlung war den Verhältnissen ent-

prechend gut besucht. Unter „Vereinsmitteilungen“ ging der Vorlesende nochmals auf die eingegangenen Mitteilungen der Zentralkommission ein, unter besonderer Berücksichtigung der in den Zukunfts freudig gehandhabten Lage bezüglich des Druckermangels. Im Anschluß daran eruchte er die Kollegen, zur Behebung des Mangels beizutragen und keine verkürzte Arbeitszeit einzugeben. Ferner berichtete er über eine Anzeigebestellung, wonach eine hiesige Firma trotz ihres Verprechens im Inerat, die Anzeigebestellung nicht zu erfüllen, sich ihrer Verpflichtung entzog, des weitern wurde einem Ausstehenden des Abgangszertifikats verweigert, weil noch eine Schadenersatzpflicht von einer Mark bestand. Eine andere Firma scheute sich nicht, einen jungen Gehilfen, der bei ihr austrat, aus zwei weiteren Stellen zu drängen, Außerdem berührte der Vorlesende noch einige interne Vorkommnisse und schloß mit der Mahnung, daß alle Kollegen ihre volle Kraft in den Dienst der Organisation einleihen mögen, damit auch diese schwere Zeit ohne Schädigung der Gesellschaft überwunden wird. Den nächsten Punkt bildete ein Vortrag des Herrn Heine vom Städtischen Arbeiterunterrichtsausschuß über: „Moderne Sprengstoffe mit Experimenten“. In theoretischen wie auch praktischen Vorführungen demonstrierte der Vortragende, daß es der Wissenschaft gelungen sei, Explosionsstoffe zu schaffen, die in ihrer Wirksamkeit Bedeutendes leisten. Unter „Berichtsbemerkungen“ fanden noch einige brüderliche Mitteilungen Erwähnung.

Polen. Ihre Versammlung am 18. Juni beschloß einstimmig, den zur Allgemeinen Kasse gezahlten Ertragsbeitrag von 30 Pf. noch weitere fünf Wochen hindurch im Bezirke zu erheben, um von diesem Betrag unter Zuzug einer Summe aus der Bezirke- und Ortskasse — an Stelle der Ausgaben für ein Johannisfest — eine abermalige Unterstützung den Familien unserer am Seeresdienste beteiligten Kollegen gewähren zu können. Den Namenstag unseres Mitleiters beging die Polener Mitteilungschaft durch einen einfachen Ausflug nach Johannissthal.

ooooooooo Rundschau ooooooooo

Kriegsauslagen. In Kanau gewährt die Wallenbüchdruckerei ihrem Personal eine Feuerungsauslage von 2 Mk. und für jedes Kind 30 Pf. wöchentlich.

Gehilfenprüfung und Meisterprüfung. In Kanau befinden sich Neuausgetretene die Gehilfenprüfung mit der Note „Gut“. — Vor der zuständigen Handwerkskammerkommission in Aegnis legte der Kollege Robert Mahke mit Erfolg die Meisterprüfung ab.

Kriegsauslagen für Zeitungsverleger. Wie der „Zeitungsverleger“ berichtet, bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß eine Erhöhung der Bezugspreise eine unumgängliche Notwendigkeit für die deutschen Zeitungsverleger ist. Am nächsten an frühere Verhältnisse schließt sich die Zahl der Zeitungen, die von einer während der Kriegszeit erfolgten Erhöhung ihrer Bezugspreise berichten, schon auf 189 gefiegen. Wir begrüßen diese Entwicklung als einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete des Zeitungsverlegens. Denn von jeher waren wir der Auffassung, daß die Bezugspreise der meisten deutschen Zeitungen viel zu niedrig sind, da dadurch, so häufig die Papierkosten gesenkt werden und die Abhängigkeit vom Inländeranteil insgesamten fast durchweg höchst ungesund wirkt. Wären schon vor dem Kriege die Bestimmungen der Zeitungsverleger auf diesem Gebiete einflußreicher und energischer gewesen, so hätte der Inländeranteil bei Kriegsausbruch auf viele Zeitungen lange nicht so verheerend gewirkt.

Die wirtschaftlichen Grundlagen des Zeitungsverlegens. In beachtenswerter und größtenteils auch völlig zutreffender Weise beleuchtet die Kieler Handwerkskammer in ihrem letzten erschienenen Jahresberichte die wirtschaftlichen Grundlagen des Zeitungsverlegens. „Das Zeitungsverlegen“, heißt es da, „zum Teil daran, daß weite Kreise der Bevölkerung das Halten von Zeitungen ohne lösende Bezüge als ein Luxus ansehen, während es für jedermann ein selbstverständliches Bedürfnis sein sollte. Unter dem Druck dieser unglücklichen allgemeinen Verhältnisse, verdrängt durch maßlose Konkurrenz, hat es die Presse in der gegenseitigen Preisdrückerei soweit gebracht, daß schon seit langem die Einnahme von den Bezahler die Herstellungskosten der Zeitungen nicht mehr deckt, sondern meist nur noch zur Bezahlung des Papiers und eines Teils der Aufstellungskosten ausreicht. Sämtliche übrigen Inkosten, also für die Redaktion und die Mitarbeiter, für die Verwaltung und den technischen Betrieb usw., müssen aus der Einnahme des Anzeigengeschäfts bestreiten werden, ein Zustand, der ungesund genannt werden muß. Das einzelne Blatt ist bei dem Widerstande des Publikums gegen jede Zusage dieser Verhältnisse vollkommen machtlos und muß ruhig zusehen, wie sich die Dinge immer mehr verschlechtern. So winstlichwert es in kaufmännischer Hinsicht ist, daß sich eine Zeitung wie jeder andere Geschäftsbetrieb nach der Decke streckt, so schädlich muß es für die idealen Bestrebungen sein, die mit der Herausgabe einer Zeitung verfolgt werden, wenn diese auf Schritt und Tritt genötigt ist, bei jeder geschäftlichen Maßnahme die finanzielle Wirkung auf die Gestaltung des Jahresabschlusses zu prüfen. Aber das Publikum legt nun einmal in seiner Mehrheit keinen Wert darauf, eine von solchen nackten Geschäftsrücksichten unabhängige politische Presse zu haben, tut wenigstens nichts zu ihrer Unterstützung. Es deutet auch auf einen Mangel an politischer Bildung, wenn bestimmte Kreise ihre Zeitung als ein Organ ansehen, das bedingungslos für ihre wirtschaftliche Verbesserung einzutreten habe, und zum Besen einer andern Zeitung übergehen, wenn ein Blatt diese Wünsche nicht erfüllen will.

Unter diesen und ähnlichen Verhältnissen hat in Deutschland mehr oder weniger die gesamte politische Presse zu leiden. Es erscheint winstlichwert, bei geeigneter Gelegenheit durch Aufklärung auf die Bevölkerung in zweckdienlicher Weise anregend einzuwirken, so daß der Verbindung unserer politischen Verhältnisse genügt und der Presse geholfen wird, die ihre wichtigsten Aufgaben nur bei ausreichender, opferwilliger Unterstützung durch die Gesamtheit der Gesellschaft zu erfüllen vermag.“

Zur Steuerbefreiung für Kriegsteilnehmer. Der preussische Finanzminister hat zur Steuerbefreiung für Kriegsteilnehmer bezüglich der Zufstellung von Steuerzetteln an Kriegsfamilien verfügt, daß die Zufstellung des Steuerzettels — Veranlagung — nur rechtskräftig sein kann, wenn diese an den Kriegsteilnehmer selbst erfolge. Ferner solle die Zufstellung der Steuerzettel in Zukunft als ausgeschlossen gelten an den Kriegsteilnehmer und dürfte die Frist zur Reklamation nicht als laufend gerechnet werden. Auch läge keine Veranlassung zur Beurkundung vor, weil nach § 70 des Einkommensteuergesetzes für Interoffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mk. veranlagt sind, die veranlagte Steuer für diejenigen Monate, in denen sich die Betroffenen im aktiven Dienste befinden, nicht zur Erhebung gelangen könnte. Sollte dennoch irgendwo das Gegenteil geschehen, so dürfte der Beschwerdeweg zu einschreiten, wo den Betroffenen kein Recht werden muß. Kostentilg werden die übrigen Bundesstaaten des Deutschen Reichs in ähnlicher Weise verfahren, damit allen Kriegsfamilien eine kleine Erleichterung zuteil wird.

Der Einfluß des Kriegs auf die Kirch-Durchsichtlichen Gewerksvereine. Der Mitgliederstand der Kirch-Durchsichtlichen Gewerksvereine stieg im Jahre 1914 von 106618 auf 77749, also um 28869 zurück. Die Zahl der Ortsvereine sank von 2142 auf 2004. Die Einnahmen im Gesamtverbande beliefen sich im Berichtsjahr auf 2545047,38 Mk., gegen 2866891,58 Mk. im Jahre 1913. Es sind also 321844,20 Mk. weniger vereinnahmt worden. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 2763835,19 Mk., gegen 2620864,71 Mk. Im Kriegsjahre wurden demnach 142971,48 Mk. mehr ausgegeben als im Jahre 1913. Die Arbeitslosenunterstützung beanspruchte 495496,05 Mk., gegen 328177,34 Mk. im Vorjahre. Für Reise, Anzug, besondere Nofälle und Invalidität beträgt der Aufwand 105024,28 Mk., gegen 88638,21 Mk. Für Streiks, Mahnreglungen und Ausperrungen wurden unter der Einwirkung des Burgfriedens nur 318642,40 Mk. ausgegeben, gegen 459448,53 Mk. im Vorjahre. Während das Gesamtvermögen in den Hauptphasen aller Gewerksvereine Ende 1913 sich auf 1432815,14 Mk. belief, betrug es Ende 1914 nur noch 1222726,11 Mk. Der Minderebetrag bezieht sich demnach auf 210089,03 Mk. Der Bestand der Lokalbanken lag auf 295712,98 Mk. auf 195812,67 Mk., also um mind. 100000 Mk. gekürzt.

Bekämpfung der Lebensmittelsteuerung durch die württembergische Regierung. Im Auftrag einer vom Stuttgarter Gewerkschaftsrat einberufenen Professorenversammlung gegen die Lebensmittelsteuerung begab sich eine Deputation zum württembergischen Minister des Innern, um diesem die Lage der Massen vor Augen zu führen, die infolge der ungeheuren Steigerung der Lebensmittelpreise unter der Arbeiterklasse eingetreten ist. Minister v. Freischauer erklärte die Behauptungen als berechtigt an und bebaute, daß die württembergische Regierung in dieser Frage nicht selbständig sei. Sie habe im Bundesrat im wesentlichen die vorgebrachten Wünsche vertreten, sei aber dabei in der Minderheit geblieben; so insbesondere in der Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl und Kartoffeln. Man habe bei diesen Maßnahmen allerdings keine genügende Übersicht über die vorhandenen Vorräte gehabt. Die Erhebungen hätten kein befriedigendes Resultat gebracht, da die Angaben der Produzenten vielfach irreführend wären. Zur Gewinnung einer besseren Grundlage werde nimmere eine Aufnahme der Inbauführen durchgeführt. Auch die Nichtigkeitsklärung der Spekulationsakute angeordnet und eine Beschlagnahme der neuen Ernte vorgelesen. Etwaigen Spekulationskäufen auf dem Gebiete des Obsthandels werde er seine Aufmerksamkeit schenken. Den Bestrebungen, die auf eine Steigerung der Zuckerpreise abzielen, freie er entgegen. Die Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Fleisch erkannte der Minister als verfehlt an. Er werde im Bundesrat auf eine Besserung hinwirken, Zweck der Vermehrung der Preissteigerung durch die Ankäufe der Militärverwaltung sei jetzt eine Zentralisierung der Einkäufe durchgeführt. Um der Verteuerung der Milch vorzubeugen, seien durch Verfügung die die kommunalen Höchstpreisfestsetzungen erschwereenden Bestimmungen aufgehoben worden. Er sei überhaupt bereit, die Bestrebungen der Gemeinden zur Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln nach Kräften zu unterstützen. Die Erklärungen des Ministers waren demnach im ganzen sehr entgegenkommend.

Die Schulden der Kriegführenden Staaten. Daß durch den Krieg die Schuldenlast der Kriegführenden Staaten auf alle Fälle gewaltig anfehlen wird, davon gehen schon die bisherigen Kriegsanleihen einen deutlichen Beweis. Indes wird damit noch nicht entfernt der Grad der finanziellen Belastung angezeigt, der sich nach dem Kriege für alle beteiligten Länder ergeben wird. Wie die Schuldenlast von den einzelnen Ländern getragen wird, das hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren und Umständen ab, vor allem aber auch von dem Grade der Belastung, der vor dem Kriege schon erreicht war. Eine Gegenüberstellung der Staatsschulden vor dem Kriege ist dabei überflüssig von großem Interesse, wenn man sich nur dabei bewußt bleibt, daß mechanische Vergleiche aus den Ziffern nicht gezogen werden dürfen. Nach einer amtlichen

amerikanischen Quelle, die wieder auf den amtlichen Nachweisen der einzelnen Länder basiert, stellte sich die Schuldenlast des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und der Türkei in Millionen Mark wie folgt:

Jahr	Schuldenlast in Millionen Mark	Jährl. Zinsen- u. Tilgungssatz
Deutsches Reich	1913 5015	244
Bundesstaaten	1913 16190	718
Deutsche Kolonien	1910 85	11
Österreich-Ungarn	1914 4383	201
Österreich	1914 6367	268
Ungarn	1913 5621	270
Türkei	1913 2838	270

Insgesamt ergibt sich also für die drei Kriegspartnern eine Schuldenlast von 40499 Millionen Mark oder rund 40 1/2 Milliarden. Der Schuldendienst, d. h. die Zinsenlast und andre Verpflichtungen, stellt sich zusammen auf 1977 Millionen Mark oder auf nicht ganz 2 Milliarden. Wie stellt sich demgegenüber die Schuldenlast bei unjertigenden? Das ist aus der nachstehenden Übersicht zu ersehen:

Jahr	Schuldenlast in Millionen Mark	Jährl. Zinsen- u. Tilgungssatz
Großbritannien	1914 14464	501
Britische Kolonien	1911-14 21850	806
Frankreich	1913 26654	1059
Französische Kolonien	1911-13 885	48
Belgien	1914 3467	176
Belgisch-Kongo	1912 230	6
Niederland	1914 19053	870
Finnland	1913 142	7
Serbien	1913 330	26
Montenegro	1912 8	0,4
Italien	1913 12269	422
Japan	1914 6323	297
Korea	1914 118	11

Insgesamt stellt sich für die andre Seite der Kriegführenden Länder die Schuldenlast auf 104995 Millionen Mark oder auf mehr als 100 Milliarden. Der jährliche Schuldendienst beläuft sich auf 4229 Millionen Mark oder in Prozent der Schuldenlast für das Deutsche Reich, für Österreich-Ungarn und die Türkei insgesamt auf 4,88, während er für die Gesamtheit der Gegner 4,03 Proz. beträgt. Die härtere Last der Schuldendienstes bei den erstgenannten drei Ländern ist in der Hauptsache auf die überaus starken Verpflichtungen der Türkei zurückzuführen, während viele der feindlichen Staaten infolge des Kapitalreichtums Englands und Frankreichs eine etwas günstige Zinsenquote erhalten. Dieser Unterschied ist aber für die Beurteilung der finanziellen Tragfähigkeit keineswegs ausschlaggebend. Für sie kommt hauptsächlich die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit in Frage, und in dieser Beziehung steht ohne Überhebung Deutschland weitaus obenan, wie das ja allmählich selbst von seinen erbittertesten Feinden immer mehr anerkannt werden muß!

Die Zahl der deutschen Genossenschaften. Das Preussische Statistische Landesamt hat eine Sondernummer der „Statistischen Korrespondenz“ herausgegeben, die über den Stand der deutschen Genossenschaften am 1. Januar 1915 unterrichtet. Während 1910 in Deutschland 29437 Genossenschaften bestanden, stieg die Zahl 1914 auf 34594 und 1915 auf 35501. Die Verteilung auf die verschiedenen Genossenschaftsarten zeigt folgende Übersicht:

Gegenstand des Unternehmens	Genossenschaften insgesamt	
	1914	1915
1. Kreditgenossenschaften	19203	19576
darunter Walehnskassenvereine	16994	17295
2. Rohstoffgenossenschaften, gewerbliche	436	468
3. landwirtschaftliche	2429	2558
4. Warenhaushaltsvereine	317	329
5. Werkzeuggenossenschaften, gewerbliche	348	364
6. landwirtschaftliche	1909	2074
7. Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten	17	16
8. Magazingenossenschaften, gewerbliche	123	123
9. landwirtschaftliche	512	517
10. Rohstoff- und Magazingenossenschaften, gewerbliche	154	166
11. landwirtschaftliche	24	26
12. Produktivgenossenschaften, gewerbliche	428	428
13. landwirtschaftliche	4001	4063
14. Zucht- und Weidgenossenschaften	486	541
15. Konsumvereine	2340	2324
16. Wohnvereine- und Baugenossenschaften, eigenliche	1342	1411
17. Vereinshäuser	128	129
18. Sonstige Genossenschaften	378	388

Der Einfluß des Kriegs zeigt sich demnach auf genossenschaftlichem Gebiete darin, daß die Zahl der Neugründungen erheblich zurückging und die der Aufhebungen gestiegen ist. Im Hinblick auf die Notwendigkeit dieser wirtschaftlichen Organisationen ist das auf den ersten Blick befremdend, wenn man aber die finanziellen Auswirkungen des Kriegs auf viele Produktionszweige in Betracht zieht, dann darf man ohne weiteres von einem außerordentlich gesunden Boden des Genossenschaftswesens sprechen. Ferner ist zu beachten, daß in vorstehenden Ziffern die Mitgliederzahlen nicht zum Ausdruck kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dabei eine Steigerung oder mindestens ein noch besseres Bild ergeben würde.

Folgen eines amerikanischen Rohstoffprozesses. Der langjährige Rohstoffprozess gegen die Gellion Danburn des amerikanischen Kautschukerwerbes wird jetzt in der Verteigerung aller seit über zehn Jahren mit Beschlag belegten Häuser der Mitglieder enden. Außerdem sind alle Sparguthaben und andere Vermögensobjekte der Mitglieder dieser hartgeprüften Gellion, die dem bankrotierten

Fabrikanten über eine Million Schadenerlös lassen soll, konfisziert. Der Gewerkschaftsbund hat über eine Million Mark für den Prozess aufgewendet und im vorigen Jahr auch ein Geleß erwirkt, wonach neue Urteile dieser Art unmöglich sein sollen. Doch will er dem Fabrikanten nicht zu seinem Schadenerlös verhelfen, da man annimmt, daß die Verfeinerung der Häuser usw. längst nicht soviel einbringen wird. Den jetzt obdachlos werdenden Kaufmännern werden die übrigen Gewerkschaften sicherlich in anderer Weise wieder unter die Arme greifen.

Literarisches

„Vaterland und Sozialdemokratie.“ Von U. Radlof. 93 Seiten Kleinklav. 1,50 Mk., Verlagsbuchhandlung Duncker & Humblot in Leipzig und München. In dem Büchlein wird klar und deutlich bewiesen, daß im ständigen Entwicklungsprozesse der deutschen Sozialdemokratie Theorie und Praxis ständig miteinander im Kampfe lagen. Ebenso ersichtlich wird daraus aber auch, daß der grüne Baum des praktischen Lebens noch stets über die graue Theorie gelagert hat. Das hätte der Verfasser aber unseres Erachtens auch beweisen können, ohne dazu die freien Gewerkschaften in ihrer Taktik und Praxis als Kronzeugen über Gebühr heranzuziehen. Denn alle die von ihm beleuchteten verschiedenen Kämpfe auf den Parteitagungen wurden doch von den Männern der lebendigen Praxis und den Anhängern der Gegenwartsarbeit gegenüber einzelnen Theoretikern in erster Linie als Parteigenossen und nicht als Gewerkschaftsmitglieder geführt. Ihre Weltanschauung stempelte sie zu Parteigenossen und ihr Beruf zeigte ihnen einen bestimmten gewerkschaftlichen Weg, der ebenso beeinflusst war von ihrer Weltanschauung wie diese durch die beruflichen und wirtschaftlichen Lebenserfahrungen. Radlof hätte demnach gar nicht nötig gehabt, die gewerkschaftlichen Bestrebungen allsehr mit parteipolitischen Differenzfragen zu vermischen. Das Kolorit seines Themas wäre dadurch zweifellos viel überzeugender und klarer geworden. Wir lehnen es ab, uns als Gewerkschaftsmitglieder in parteipolitische Streitfragen einzumischen, das schließt aber selbstverständlich nicht aus, daß wir als Parteigenossen die unserer Weltanschauung entsprechende politische Parteiorganisation zu beeinflussen suchen, wie sich dies für uns auf Grund unserer Lebens-

erfahrung und Erkenntnis sozialer, wirtschaftlicher und politischer Zusammenhänge ergibt. Aus dieser Überzeugung heraus glauben wir auch, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Vaterland und Sozialdemokratie ohne direkte Verbindung mit den freien Gewerkschaften beantwortet werden kann, und zwar nicht minder zu Ehren der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften. Das Radlof dies zu wenig beachtet hat, ist ein Mangel seines sonst sehr belehrend geschriebenen Büchleins, den wir nicht verschweigen dürfen. Unter dieser Einschränkung, die in der Hauptsache dem Verlangen nach einer klaren Scheidung der beiderseitigen Interessengebiete geschuldet ist, betrachten wir die Schrift als einen guten Beweis für die Durchschlagkraft aller Ideen, die dem Boden des praktischen Lebens entspringen, im Kampfe mit konzentrierten historischen Theorien erst richtig zur Klärung kommen können. In diesem Sinne bietet das Büchlein interessante Aufschlüsse und führt, wenn auch auf einigen Umwegen, zur Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie von jeher patriotisch war in dem Sinne, wie es sich im jetzigen Weltkriege gezeigt hat, während allerdings der Begriff des Patriotismus bei ihren Gegnern eine wechselnde Bedeutung hatte.

Verschiedene Eingänge.

„Das bayerische Buchgewerbe auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914.“ Erinnerungsheft für die Aussteller und andre Interessenten. Herausgegeben vom Kreis Bayern des Deutschen Buchdruckervereins. „Sonderburger Zeitung.“ Jubiläumnummer zum 50jährigen Bestehen. „Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 12. 26. Jahrgang. „Für Alle Welt“, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XXI. Jahrgang, Heft 21. Preis 40 Pf. „Die Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. S. Dieß Nachf. in Stuttgart. Nr. 12. 33. Jahrgang. 1. Band. Preis 25 Pf. pro Nummer, vierteljährlich 3,25 Mk. „Deutschland.“ Dichtung von einem Arbeiter. Musik von Heinrich Söllner. Der siebte Eindruck, der das erstmalig im „Simplicissimus“ erschienene Gedicht „Bekennnis“ (Sommer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt usw.) von dem Arbeiterdichter Karl Bräuer gemacht hat.

veranlaßte die Firma Breitkopf & Härtel (Leipzig), diese Dichtung von einem der berühmtesten Komponisten, dem Prof. Heinrich Söllner, vertonen zu lassen. Diese Komposition ist in zwei Ausgaben erschienen, einmal als Männerchor und dann für einstimmigen Gesang mit Klavierbegleitung. Sie ist bereits mehrmals in Leipzig mit Beifall aufgeführt worden. Große technische Schwierigkeiten bietet das Werk für die Gesangvereine zwar nicht, doch ist sein musikalischer Wert unbestritten. Die Schlusszeile „Denk es, o Deutschland“ klingt an die Melodie „Deutschland über alles“ an.

Briefkasten.

W. W. in K.: Da die Hervorhebung der Organisationszugehörigkeit des Betreffenden ohne „bestimmteren“ Zusammenhang unlässlich wäre, ohne dies aber eine Bekanntheit der Beurteilung zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte, wollen wir vorläufig lieber davon absehen. Sollte in Zukunft von der andern Fraktion nicht ebenso gehandelt werden, so kann der Fall immer noch auch im „Korr.“ zur Kenntnis gebracht werden. Vorläufig legen wir also die Mitteilung in die bemühte Sammlung „Schwerer Jungens“. — G. W. in S.: Aufnahme schon in Nr. 62 stattgefunden. — F. S. in B.: Mit bestem Dank erhalten; hoffentlich kommt es zu der Verlängerung. — Frd. Grub! — B. St. aus L.: Aber Karte, die freilich mit ziemlichem Verpätung eintraf, sehr erfreut. Vorausichtlich kommen bald bessere Nachrichten. — W. B. in Stuttgart: 2,30 Mk. — F. G. in Tilsit: 2 Mk. — F. B. in Birmansfeld: 2,30 Mk. — E. B. in Amsterdam: 1,55 Mk. — W. in We.: 2,60 Mk. — S. L. in Berlin: 2,45 Mk. — W. B. aus L.: Brief mit einiger Verpätung hier eingetroffen. Besten Dank und freundliche Grüße, auch an die Kompagniekollegen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191. **Jur Aufnahme gemeldet** (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse): Im Gau Rheinland-Westfalen der Seher Karl Hammer, geb. in Arefeld 1890, ausgl. das. 1908; war schon Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28,

Tüchtiger Linotypsetzer

für Doppelmagazin sofort gesucht. [863] Braunschweig. George Westermann, Abteilung Buchdrucker.

Zur Bedienung meiner Mischpresse 0000 mit Appareinbau und Rotaryanleger suche ich einen [865]

militärfreien Maschinenmeister

Gegebenenfalls wird ein zur Bedienung einer derartigen Maschine geeigneter Schnellpressdrucker angefernt. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung an Sam. Lucas, Elberfeld.

Tüchtige Maschinenmeister

für Illustrations- und guten Werkdruck sucht [821] Spanische Buchdruckerei, Leipzig.

Tüchtige, militärfreie Schriftsetzer

somit gesucht. Reisevergütung. [822] H. Wittmann, Bromberg.

Seherstereotypen

(Erdentereotypie) für achteitlige Tageszeitung sofort gesucht. Stellung dauernd. [832] H. D. Wilmers, Babel i. O.

Jüngerer, erfahrener, militärfreier Rotationsmaschinenmeister

für 16 seitige König- & Bauerische Maschinen gesucht. „Schwäbischer Merkur“, Stuttgart.

Jünger holländischer Maschinenmeister

24 Jahre alt, der die deutsche Sprache gut versteht, sucht in Deutschland, am liebsten in einer großen Stadt, angenehme Stellung. Offerten unter Nr. 857 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Maschinenmeister

Wir suchen gegen hohen Lohn tüchtige [861] für Zweifourtenmaschine mit Anlageapparat „Universal“ (Illustrationsdruck) und für Schnellpressen mit Anlageapparat „Rotary“. Angebot mit Angabe des frühesten Eintrittstages und der Lohnansprüche erbeten an Kastner & Callwey, Kgl. Hofbuchdrucker München, Finkenstraße 2.

Eine größere Druckerei Mitteldeutschlands ist bereit, einen tüchtigen, militärfreien Schriftsetzer, der an der Komplexsetzmaschine genau Bescheid weiß, als

Monothepegießer

auszubilden. Auerstellungen mit Nachweis der früheren Beschäftigung und Lohnforderungen sind unter 833 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Ein militärfreier, tüchtiger Monothepegießer

der längere Zeit an der Maschine gearbeitet hat, wird für eine Provinzstadt in Mitteldeutschland gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen und genauer Angabe der jetzigen Tätigkeit unter Nr. 834 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein

Monothepegießer

eventuell einen Schriftsetzer der sich für diesen Posten eignet, sucht W. Levssohn, Grünberg i. Schlef. Friedrichstr. 9 Leipzig Friedrichstr. 9

Empfehle laubere Befen von 50 Pf. an. Paul Wedam, alter Bedröbrowirt.

Am 8. Juni verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Seher-

invalide [854] Karl Bretthauer

im 54. Lebensjahre. Sein Andenken wird in Ehren halten. Der Ortsverein Tilsit (B. d. O. B.).

Am 23. Juni verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges, treues Mitglied, der Faktor [862] **Otto Richter** aus Buchenwäde, im 55. Lebensjahre. Sein rechtschaffenes Wesen und sein warmes Kollegialitätsgefühl haben ihm ein hohes Ansehen unter seinen Mitmenschen erworben. Die Kollegen der Buchdruckerei H. W. Sayn's Erben, Berlin.

Am 15. Juni fiel im Kampfe für das Vaterland bei einem Sturmangriff bei Kalwarja unser lieber Kollege, der Seher- [856] **Karl Böckers** geboren in Hamburg am 29. Mai 1894. Sein beschiedenes und stets hilfsbereites Wesen wird von uns allen schmerzhaft vermisst. Ortsverein Birmansfeld. Schwerin i. M.

Am 22. Juni verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher [857] **Eugen Wendel** aus Stuttgart, im Alter von 42 Jahren. Seine für das Interesse der Kollegen stets bewiesene Tätigkeit sichern ihm ein dauerndes Andenken. Die Gesellen der Holzdruckerei Greiner & Meißner, Stuttgart.

Im Kampfe für das Vaterland fiel unser lieber Kollege, der Buchdrucker- [856] **Willi Laas** Ersahresoffizier im 23. bayr. Inf.-Reg. Seine treue Anhänglichkeit an unsere Organisation sichert ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken. Ortsverein Birmansfeld.

Den Heldentod auf dem blühenden Kriegsschauplatz fand am 31. Mai bei der Belagerung von Strij unser lieber Kollege, der Schriftsetzer [864] **Heinrich Schmid** Sein Andenken wird stets in Ehren halten. Der Verein der in Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Hamburg-Altona.

Wie so vielen, sollte es auch unserm treuen Mitarbeiter, dem Seher [859] **Franz Urbanik** Ersahresoffizier im Inf.-Reg. Nr. 132 nicht beschiden sein, das Vaterland, für das er gekämpft, bereitwillig wiederzugeben. Am 17. Juni erlitt er den Heldentod. Ruhe sanft, wackerer Streiter, in fremder Erde! Das Personal der Buchdruckerei J. Karwitz Nachf., G. m. b. H., Berlin.

Wiederum erlitten im Kampfe für das Vaterland drei liebe Kollegen unseres Bezirks den Heldentod, und zwar der Drucker [851] **Friedrich Helberg** Unteroffizier d. Ref. i. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 260 aus Lehrte, im Alter von 26 Jahren, der Drucker

Vor sieben Wochen zum aktiven Militärdienst nach Hamburg eingezogen, erlag den Folgen einer Operation unser lieber Kollege, der Seher [860] **Walter Arndt** im Alter von 22 Jahren. Ein treues Gedenken bewahrt ihm Die „Typographia“ Bergedorf.

Mit dem besten Dank erhalten; hoffentlich kommt es zu der Verlängerung. — Frd. Grub! — B. St. aus L.: Aber Karte, die freilich mit ziemlichem Verpätung eintraf, sehr erfreut. Vorausichtlich kommen bald bessere Nachrichten. — W. B. in Stuttgart: 2,30 Mk. — F. G. in Tilsit: 2 Mk. — F. B. in Birmansfeld: 2,30 Mk. — E. B. in Amsterdam: 1,55 Mk. — W. in We.: 2,60 Mk. — S. L. in Berlin: 2,45 Mk. — W. B. aus L.: Brief mit einiger Verpätung hier eingetroffen. Besten Dank und freundliche Grüße, auch an die Kompagniekollegen. [851] **Wilhelm Michaelis** Grenadier in einem Garde-Regiment aus Peine, im Alter von 22 Jahren, und der Seher **Ludwig Neumüller** Ersahresoffizier im Ref.-Inf.-Reg. Nr. 77 aus Hildesheim, im Alter von 25 Jahren. Das Andenken dieser Braven werden wir dauernd in Ehren halten. Bezirksverein Hildesheim.

Am 1. Juni fiel im Kampfe für sein Vaterland als zweites Opfer aus unserm Ortsverein unser lieber Kollege, der Schrift- [858] **Bruno Pauff** im Alter von 25 Jahren. — Er wird uns allen unvergesslich bleiben. Ortsverein Rasthenow.